

PROTOKOLL DER SITZUNG DES STADTRATES

Montag, 13. Dezember 2010, 17.00 Uhr, im Gemeindesaal, Kirchbühl 23

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 48 und 49 vom 2. und 9. Dezember 2010 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden über dies durch Zustellung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen zur Sitzung eingeladen.

Zur Sitzung sind erschienen:

Präsident	Herr Aeschlimann Martin
Stimmzähler	Herren Gnehm Urs und Rosser Bruno
Mitglieder des Stadtrates	Damen und Herren Bachmann Véronique, Berger Stefan, Biedermann Peter, Bucher Theophil, Buser Madeleine, Dubach Roland, Eberhard Werner, Fankhauser Larissa, Friedli Daniel, Gübeli Thomas, Haller Dieter (ab Traktandum 3), Heimgartner Gaby, Ingold Rolf, Jakob Beat-U., Kalbermatten Susanne, Keller Hansjörg, Kummer Brigitte, Kuster Müller Beatrice, Leibundgut Remo, Messerli Niklaus, Mumenthaler Regina, Muster Adrian, Niederhauser David, Penner Nadaw (ab Traktandum 3), Pfister Urs, Pieren Nadja, Rappa Francesco, Reusser Gabriele, Ritter Michael, Rüfenacht Andrea, Sägesser Heinz, Schäppi Evelyne, von Arb Peter, Walter Grimm Inès, Weber Werner und Wyss Christoph
Entschuldigt	Herr Aeschbacher Yves
Mitglieder des Gemeinderates	Damen und Herren Kolb Martin, Kummer Hugo, Probst Andrea, Rechner Beatrix, Urech Peter, Wisler Albrecht Annette und Zäch Elisabeth
Entschuldigt	-
Vize-Stadtschreiberin	Frau Zwahlen Sibylle
Entschuldigt	Herr Schenk Roman, Stadtschreiber
Auskunftsperson	Herr Kräuchi Peter, Leiter Immobilien
Protokoll	Frau Henzi Brigitte

TRAKTANDENLISTE

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 8. November 2010	Seite	3
2. Informationen des Stadtratspräsidenten	Seite	3
3. Informationen aus dem Gemeinderat	Seite	3
4. Schulanlage Gsteighof; Sanierung Aussensportanlage; Kreditabrechnung	Seite	4
5. Verkauf Mehrfamilienhaus Geissrüttiweg 20/22	Seite	5
6. Liegenschaftsreglement und aktive Bodenpolitik Stadt Burgdorf – weiteres Vorgehen	Seite	7
7. Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle	Seite	9
8. Auftrag Urs Pfister (CVP) betreffend Sparmassnahmen	Seite	11
9. Motion FDP-Fraktion betreffend Wiedereinführung des zweiten Wahlgangs bei Majorzwahlen	Seite	11
10. Dringliche Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend „Laufen die Burgdorfer Finanzen aus dem Ruder?“	Seite	12
11. Interpellation SVP-Fraktion betreffend schlechtes Arbeitsklima in der Sozialdirektion der Stadt Burgdorf	Seite	13
12. Überparteiliche Interpellation GFL / EVP / SP betreffend die Vergabepraxis bei öffentlichen Aufträgen	Seite	13
13. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2011 der Präsidentin / des Präsidenten der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten von 2 Stimmenzähler	Seite	13
14. Ersatzwahlen a) Volksschulkommission b) Bau- und Planungskommission c) Geschäftsprüfungskommission	Seite	14
15. Campus Burgdorf	Seite	15
16. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	Seite	16

Verhandlungen

Appell

Der durch den Stimmenzähler Rosser Bruno durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von vorerst 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR). Stadtrat Haller Dieter und Stadtrat Penner Nadaw treffen im Verlauf der Sitzung ein.

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert, dass Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth und der Gemeinderat (GR) ein zusätzliches Traktandum beantragen. Der SR wurde darüber bereits per E-Mail informiert. Beim zusätzlichen Traktandum geht es um den Campus Burgdorf. Es geht um eine Konsultativabstimmung zum Lobbing des Campus Burgdorf. Der Vorsitzende schlägt ein zusätzliches Traktandum 15 Campus Burgdorf vor. Eine korrigierte Traktandenliste liegt dem SR bereits vor.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das zusätzliche Traktandum 15 Campus Burgdorf.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, beantragt den Abtausch der Traktanden 5 und 6. Der SR soll zuerst über die Liegenschaftspolitik entscheiden und im Anschluss über den Verkauf des Mehrfamilienhauses.

Der Stadtrat lehnt den Abtausch der Traktanden 5 und 6 ab.

1. Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 8. November 2010

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 8. November 2010.

2. Informationen des Stadtratspräsidenten

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin begrüsst die Anwesenden zur heutigen Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende informiert über die eingereichten Demissionen aus dem SR per 31. Dezember 2010. Stadträtin Buser Madeleine, Stadträtin Mumenthaler Regina sowie Stadtrat Gübeli Thomas und Stadtrat Friedli Daniel haben ihren Rücktritt per Ende Jahr bekanntgegeben. Der Vorsitzende dankt den abtretenden Mitgliedern des SR für ihr Engagement und die geleistete Arbeit. Der Vorsitzende teilt mit, dass während der Ratssitzung keine Unterhaltung stattfinden wird. Beim anschliessenden Schlusssessen im Restaurant Casino findet die musikalische Darbietung statt. Der Vorsitzende dankt für die heutige feierliche Tischdekoration.

3. Informationen aus dem Gemeinderat

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über das Referendum „Neubau Velostation“ sowie über den Förderverein „gesund i.E.“ für das Regionalspital Emmental. Die Ausgangslage des Neubaus Velostation Burgdorf hat sich vollkommen geändert. Die Velostation wird heute mit einem Betrag von über 1 Mio. Franken unterstützt. Das bedeutet für die Stadt Burgdorf, dass der Neubau Velostation im schlimmsten Fall noch Fr. 590'000.-- kosten wird. Es handelt sich dabei jedoch um das gleiche Projekt. Bei dem Betrag von Fr. 590'000.-- handelt es sich um eine Kredithöhe, über die der SR entscheiden muss, jedoch nicht dem fakultativen Referendum unterliegt. Aus diesem Grund stehen wir vor einer unangenehmen Situation. Einerseits sind Initianten und Referenten vorhanden, welche die ent-

sprechenden Unterschriften gesammelt haben gegen die Kredithöhe von 1.2 Mio. Franken. Es handelt sich um ein Finanzreferendum. Beim Referendum hat man sich nicht über das Projekt geäußert, sondern zu den Kosten. Der GR kann nun das Referendum so nicht laufen lassen. Der SR muss deshalb nochmals über das Geschäft befinden. Das Projekt bleibt gleich, es ändert sich nur der Kredit. Das Geschäft hat sich innerhalb von ein paar Wochen dermassen geändert, dass der SR nochmals darüber abstimmen muss. Das Referendumskomitee kann sein Referendum nicht einfach zurückziehen. Das Gremium, welches den Entscheid getroffen hat, kann das Referendum zurückziehen. Der GR hat das Ganze diskutiert. Es ist ziemlich heikel. Es hat sich die Frage gestellt, ob man das Volk nun ausschliesst. Das ist aber nicht der Fall. Gemäss Gemeindegesetz Artikel 14 ist man gezwungen, dieses Vorgehen einzuschlagen. An der Stadtratssitzung im Februar 2011 wird das Geschäft nochmals traktandiert. Die Stadtratsvorlage enthält die aktuellen Zahlen. Der SR wird entscheiden, ob der bisherige Entschluss aufgehoben und die neue Vorlage angenommen oder abgelehnt wird. Dabei handelt es sich um das korrekte Vorgehen. Es geht dabei nicht darum, dass man das Geschäft nicht vors Volk bringen möchte. Durch die geänderte Ausgangslage ist es zwingend, dass der SR nochmals über das Geschäft befindet. Der SR darf nicht übergangen werden. Das Volksrecht muss gewahrt bleiben. Wenn man sich vorstellt, dass das Referendum zustande gekommen ist und trotzdem durchgezogen wird, werden aber die Leute verschaukelt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben unterschrieben, weil der Kredit zu hoch ist und nicht weil sie das Projekt schlecht finden. Mit den Unterschriften geht man mit der falschen Voraussetzung vors Volk. Es geht um das Motiv der Unterschriftensammlung. Es könnte eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht werden und diese wäre problemlos möglich. Der SR kann, auch wenn das Volk die Velostation ablehnen würde, nochmals das gleiche Projekt an einer Sitzung traktandieren. Dieses Vorgehen wäre jedoch nicht sehr schlau und würde nicht von viel Fingerspitzengefühl zeugen. Der SR wird wie bereits erwähnt über die neue Vorlage an der Stadtratssitzung im Februar 2011 beschliessen. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth informiert über die abgegebene Broschüre des Fördervereines „gesund i.E.“ für das Regionalspital Emmental. Mit dieser Broschüre kann man Mitglied werden. Es geht vor allem darum, für das Regionalspital Emmental zu lobbyieren. Wer den Jahresbeitrag bezahlt, bekommt einen Pin in Form einer Margerite geschenkt. Man hofft, dass viele Burgdorferinnen und Burgdorfer mit dieser Brosche herumlaufen werden.

4. Schulanlage Gsteighof; Sanierung Aussensportanlage; Kreditabrechnung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Kummer Hugo informiert, dass man froh über die Sanierung der Schulanlage Gsteighof ist. Die Sanierung der Sportanlage war dringend nötig. Der GR hat den Kredit im März 2008 und der SR im Mai 2008 genehmigt. Es wurde alles realisiert damit man wieder auf dem neusten Stand ist. Der Sicherheitsstandart muss ebenfalls dienlich sein. Der Baubeginn war am 7. Juli 2008 und die Bauabnahme am 6. Oktober 2008. Mit dem Kredit konnten zudem zusätzliche Sachen erledigt werden, die nicht auf dem Programm standen wie zum Beispiel die Abschränkungen für den Schulhausabwart in Richtung Gärten sowie die Entwässerungen. Das Projekt hält nun für die nächsten Jahrzehnte. Der Kanton hat einen Kostenbeitrag von fast Fr. 148'000.-- erhalten. Das Projekt schliesst mit Minderkosten von Fr. 36'792.20 ab. Das Projekt ist eine erfreuliche Sache und ist nun auf dem neusten Stand. Es ist nun eine schöne Anlage und hält für Jahrzehnte. Der GR dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit.

Stadträtin Kalbermatten Susanne, namens der GFL-Fraktion, teilt mit, dass nach Rücksprache vor Ort bei den Sportverantwortlichen der Oberstufe beim Gsteighofschulhaus das entsprechende Feedback dem SR nicht vorenthalten wird. Das Anliegen der Schule wurde bei der Planung und der Bauarbeiten ernst genommen. Die Beeinträchtigung beim Sportunterricht war minim. Es steht nun eine gute Aussensportanlage zur Verfügung und wird auch rege genutzt. Die GFL-Fraktion hat die Zonen diskutiert und trotzdem noch drei Fragen oder Anregungen zu machen. In den Unterlagen wird die beigelegte Karte bemängelt. Es wäre sicherlich ein lesbareres Exemplar vorhanden gewesen. Die Bearbeitungsgebühr von Fr. 30'000.-- hat man nicht genutzt. Es ist nun komisch, dass diese bei den Minderkosten erscheinen. Es wurde erwähnt, dass die Anlage für Jahrzehnte erhalten bleiben soll. Die GFL-Fraktion hofft, dass der Unterhalt nicht vernachlässigt wird.

Beschlussantrag

Die Kreditabrechnung für das Projekt Sanierung Sportanlage Gsteighof, abschliessend mit einem Kostenaufwand von Fr. 548'207.80, Minderkosten von Fr. 36'792.20 und Nettokosten von Fr. 400'257.80, wird genehmigt.

Der Stadtrat genehmigt einstimmig den Beschlussantrag.

5. Verkauf Mehrfamilienhaus Geissrütliweg 20/22

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Urech Peter verweist auf die ausführliche Vorlage der Immobilienverwaltung. Herr Peter Kräuchi, Leiter Immobilien, ist im Publikum anwesend und steht bei Fragen oder Unklarheiten zur Verfügung. Der GR hat sich den Entscheid nicht einfach gemacht. Schliesslich hat die schwierige finanzielle Lage den Ausschlag zugunsten eines Verkaufes gegeben. Für die dringend nötige Sanierung müsste sich die Stadt Burgdorf im Umfang von 2.87 Mio. Franken neu verschulden. Selbst wenn der SR auf den Minergiestandard verzichten würde, wären es immer noch 2.4 Mio. Franken. So oder so ist der Betrag zu hoch. Dazu kommt, dass nur 40% der Investitionskosten auf die Mieter abgewälzt werden könnte. Rund 1.7 Mio. Franken müsste dem Fonds Unterhalt Liegenschaften vom Finanzvermögen belastet werden. Der Fonds würde damit praktisch fast geleert. Inwieweit derzeit nicht vermietete Wohnungen nach erfolgter Sanierung für Härtefälle aus der Überbauung Uferweg zur Verfügung gestellt werden können, ist angesichts der Investitionskosten fraglich. Insbesondere wenn die Höhe der Mieten in Betracht gezogen wird. Der GR beantragt dem SR dem Verkauf zuzustimmen.

Stadtrat Biedermann Peter, namens der SP-Fraktion, lehnt den Antrag des GR zum Verkauf des Mehrfamilienhauses Geissrütliweg 20/22 ab. Der Verkauf der Liegenschaft wird zum Teil mit der finanziellen Lage begründet. Die Entwicklung ist jedoch seit längerer Zeit absehbar. Neben den beiden in der Vorlage erwähnten Varianten einer Gesamtsanierung und eines Verkaufes, sollte auch die Option einer Teilsanierung oder Ersatzbau geprüft werden. Es könnte durchaus möglich sein, dass dies eine interessante Option sein kann. Vor allem auch, weil die Parzellenfläche gross genug wäre für eine bessere Ausnutzung. Wichtig ist jedoch, dass die Stadt Burgdorf bei Härtefällen genügend einfachen, guten und preisgünstigen Wohnraum anbieten kann. Dies wird in der Vorlage unter den positiven Punkten auch so erwähnt. Es ist nicht nur jetzt im Zusammenhang mit der Überbauung Uferweg aktuell, es könnte auch sonst hilfreich sein.

Stadtrat Wyss Christoph, namens der BDP-Fraktion, dankt für die gut vorbereitete Vorlage. Stadtrat Wyss Christoph durfte die Wohnungen selber in Augenschein nehmen und die sehen wirklich nicht mehr gut aus. Im heutigen Zustand sind die Wohnungen nicht mehr vermietbar und schon gar nicht für Bewohner des Uferweges. Die Stadt Burgdorf budgetiert zu wenig für den Unterhalt und die Reparaturen von Liegenschaften. Deshalb müssen auch Vorlagen zu Gesamtsanierungen mit horrenden Beträgen vorgelegt werden. Der Geissrütliweg ist für die Stadt Burgdorf weder strategisch noch städtebaulich interessant. Der Verkauf des Mehrfamilienhauses macht Sinn. Wer heute nein sagt zum Verkauf, sagt ja zu Sanierungskosten von 2.4 bis 2.8 Mio. Franken, die nicht auf die Mieten abgewälzt werden können. Die Wohnungen am Geissrütliweg werden zwischen Fr. 1'050.-- und 1'200.-- pro Monat vermietet. Falls zu diesen Preisen Interessenten vom Uferweg vorhanden sein sollten, können sie sich bei Stadtrat Wyss Christoph melden. Die BDP-Fraktion ist klar für den Verkauf des Mehrfamilienhauses Geissrütliweg.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, orientiert, dass auf der Seite 1 bei der Ausgangslage steht, dass die Vermietung durch die Immobilienverwaltung erfolgt und die Wohnungen in der Regel an Personen oder Familien sowie Klienten der Sozialdirektion vermietet werden. Diese Aussage ist aus Datenschutzgründen ziemlich heikel. Wie bereits der Vorredner gesagt hat, wurde der Unterhalt zu lange vernachlässigt. Es wäre sinnvoll, Unterhaltsarbeiten regelmässig durchzuführen. Die Stadt Burgdorf hat eine Verantwortung gegenüber den weniger bemittelten Personen. Es müssen

preisgünstige Wohnungen vorhanden sein. Es stellt sich die Frage, wer ein solches Haus kauft? Gemäss Abklärungen liegt ein Interessent vor. Das Haus soll nicht an einen Immobilienhändler verkauft werden, der im Schnellverfahren ein bisschen saniert und die Wohnungen dann zu Wucherpreisen vermietet. Das Haus soll nicht noch mehr verlottern. Die Wohnungen sind in einem unhaltbaren Zustand. Ein Neubau von zwei Liegenschaften auf der Parzelle ist ein interessanter Aspekt. Eine Liegenschaft nebenan an der Brunnmattstrasse ist in etwa gleich alt. Es wäre die Möglichkeit die Parzellen zusammenzulegen. Diese Option muss geprüft werden. Man muss nachhaltig denken.

Stadtrat Rosser Bruno, namens der SVP-Fraktion, informiert, dass man sich ausführlich mit dem Geschäft befasst hat. Da man nicht gleicher Meinung ist, wurde die Stimmfreigabe beschlossen. Es stellt sich die Frage, ob es eine Gesamtsanierung von 2.8 Mio. Franken braucht? Hätte man nicht mit einer Sanftsanierung von 1 bis 1.2 Mio. Franken planen können? Der Minergiestandard kostet bereits Fr. 470'000.--. Der Minergiestandard hat der SR seinerzeit beschlossen. Mit einer Sanftsanierung könnte man auch einige Härtefälle vom Uferweg übernehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt muss klar festgehalten werden, dass die Stadt Burgdorf mit einer Neuverschuldung von 2.8 Mio. Franken nicht leben kann. Beim Verkauf des Mehrfamilienhauses resultiert ein voraussichtlicher Buchgewinn von Fr. 360'000.--. Dieser Betrag würde die Stadtkasse zum jetzigen Zeitpunkt begrüssen. Die SVP-Fraktion beschliesst Stimmfreigabe.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-Fraktion, äussert sich zu den finanzpolitischen Überlegungen. Es muss sehr viel Geld in die Liegenschaft investiert werden. Wer dem Geschäft nicht zustimmen wird, muss wissen, dass die Stadt Burgdorf dies nicht in den nächsten 5 bis 10 Jahren umsetzen kann. Die Zahlen des Finanzplanes sind bekannt und eine Sanierung liegt schlicht und einfach nicht drin. Bei der Zustimmung eines Verkaufes ergibt dies freiwerdendes Eigenkapital, welches der Rechnung 2010 zugewiesen werden kann. Es wird also bereits das Ergebnis 2010 verbessert. Wenn nun die Angst geschürt wird, dass die Liegenschaft einem Spekulant verkauft wird, muss gesagt werden, dass es durchaus auch Interessierte aus dem KMU Bereich gibt. Diese könnten die Sanierung vornehmen und zudem Arbeitsplätze sichern. Wenn dem Verkauf nicht zugestimmt wird, gehen alle die Pläne zunichte. Der SR wird dringend gebeten, der Vorlage zuzustimmen.

Gemeinderat Urech Peter nimmt zur Aussage betreffend Datenschutz Stellung. Wenn der Hinweis zu den Klienten der Sozialdirektion die Datenschutzbestimmungen widerstreben, unterstehen allfällige Interessenten ebenfalls dem Datenschutz. Zu den weiteren erwähnten Punkte betreffend der Sanftsanierung und dem Ersatzbau übergibt Gemeinderat Urech Peter das Wort an Herr Kräuchi Peter, Leiter Immobilien.

Herr Kräuchi Peter, Leiter Immobilien, informiert, dass die Liegenschaft Geissrütliweg 20/22 in einem alten Zustand ist und nicht mehr sanft saniert werden kann. Entweder man lässt die Liegenschaft verlottern, was schlecht ist, oder sie wird saniert. Das Bad der Wohnungen umfasst rund 5 m². Das Badezimmer ist für eine dreiköpfige Familie viel zu klein. Das Badezimmer muss zulasten der Küche vergrössert werden. Die Küche ist relativ gross. Damit wären zeitgemässe Grundrisse vorhanden. Die Wohnungen bleiben klein, aber sie sind vermietbar. Das Preis- und Leistungsverhältnis würde stimmen. Eine Teilsanierung kommt nicht in Frage, weil das Verhältnis Kosten und Nutzen nicht stimmt. Bei den bisherigen Gesamtsanierungen hat man die kleinen Balkone auch aus Sicherheitsgründen abgebrochen und dafür grössere Balkone erstellt. Der Vorschlag, dass die Liegenschaft abgebrochen wird und entweder eine grössere oder zwei kleinere Liegenschaft gebaut werden, ist eine Option. Man muss jedoch bedenken, dass man damit keine preisgünstigen Wohnungen anbieten kann. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Fläche scheint dies nicht machbar. Die von Stadträtin Mumenthaler Regina vorgeschlagene Lösung betreffend der Zusammenlegung der beiden Liegenschaften wäre zu einem späteren Zeitpunkt prüfenswert. Der Abbruch der Liegenschaft bringt nichts.

Stadtrat Keller Hansjörg möchte wissen, wie viel ein Neubau kosten würde?

Herr Kräuchi Peter, Leiter Immobilien, teilt mit, dass ein Neubau sehr teuer zu stehen kommt.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat beauftragt den Gemeinderat mit dem Verkauf des Mehrfamilienhauses Geissrüttliweg 20/22 / Grundbuchblatt 2739 / BR 2912.
2. Die Liegenschaft ist zum bestmöglichen Preis zu verkaufen, jedoch minimal zu Fr. 935'000.00 (Verkehrswertschätzung). Rubrik 7020.603.03, Kostenstelle 12.70.7020.03.

Der Stadtrat stimmt mit 23 Ja und 15 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Beschlussanträgen zu.

6. Liegenschaftsreglement und aktive Bodenpolitik Stadt Burgdorf – weiteres Vorgehen

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin stellt die Eintretensfrage. Gemäss stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass sich die GPK anlässlich ihrer letzten Sitzung vom 25. November 2010 im weitesten Sinn zum dritten Mal mit diesem Geschäft befasst hat. Der Ursprung dieser Vorlage liegt einerseits in zwei Stadtratsbeschlüssen. Einerseits der Stadtratsbeschluss vom 26. Februar 2007 betreffend aktive Bodenpolitik in der Stadt Burgdorf. Ein Geschäft des GR, der Liegenschaftsverwaltung und der Stadtplanung haben durch den Kauf des Alten Marktes im März 2005 dieses ausgelöst. Andererseits der Stadtratsbeschluss vom 9. März 2009 als der Auftrag der SP-Fraktion betreffend einer aktiven Liegenschaftspolitik in der Altstadt eingereicht wurde. Auf dieser Basis entstand das Geschäft. Reglemente über die städtische Liegenschaftspolitik und die Förderung von Liegenschaften Dritter, welche am 4. Juni 2009 in der GPK und am 22. Juni 2009 im SR behandelt wurden. Wegen den vielen Änderungsanträgen trat der SR aber gar nicht erst auf das Geschäft ein. Es ging zur Überarbeitung an den GR zurück. Am 21. Oktober 2010 kam dieses Geschäft zum zweiten Mal in die GPK, jedoch in einer bereits schon veränderten Version, dies unter Berücksichtigung der aktuellen finanziellen Lage der Stadt Burgdorf. Die GPK wies aber die Vorlage an den GR zurück wegen Unvollständigkeit der Unterlagen in den Grundlageakten. Am 25. November 2010 kam dann das Geschäft zum dritten Mal in die GPK in einer neuen, dritten jetzt vorliegenden Version. Retrospektive hat es mehrfach Sinn gemacht, dass die GPK die Vorlage am 21. Oktober 2010 zurückgewiesen hat. Nach der Budgetdebatte vom November kann der SR besser und einfacher über dieses Geschäft urteilen. Der GR nimmt in dieser dritten Version der Vorlage nun klar Stellung, was man will und nimmt seine Führungsrolle wahr. Es ist klar geworden wie schnell die politische Wetterlage ändern kann, wenn es finanziell eng wird. Wunschdenken muss zu Gunsten von praktisch realisierbarem zurückgestellt werden. Die GPK stellt einstimmig fest, dass der Reglemententwurf formal korrekt und richtig ist und, dass das jetzt vorliegende Geschäft als Ganzes ebenfalls formal korrekt ist und vom SR behandelt und politisch beurteilt werden kann.

Gemeinderat Urech Peter orientiert, dass der GR seine Führungsrolle wahrgenommen hat. Es hat einen gewissen Prozess benötigt. Das Geschäft wurde mehrmals durch die GPK geprüft. Der Vorstoss wurde überwiesen und es war juristisch klar, dass der GR zwei Reglemente hätte vorbereiten müssen. In der Zwischenzeit hat es sich aufgrund der finanziellen Situation so verändert, dass man dem verbindlichen Auftrag nicht gerecht werden kann. Der GR hat sich unter Mithilfe der GPK klar dafür ausgesprochen und die Führungsrolle wahrgenommen. Eine aktive Liegenschaftspolitik ist in der heutigen finanziellen Situation desaströs, wenn die gemachten Buchgewinne nicht der laufenden Rechnung gut geschrieben werden könnten. Die Stadt Burgdorf würde noch schlimmer dastehen als sie es ohnehin schon tut. Der GR hat von den Abänderungsanträgen der SP-Fraktion Kenntnis genommen. Der Änderungsantrag zum Punkt 2 kann der GR unterstützen. Der GR lehnt den Änderungsantrag zum Punkt 3 ab. Der GR kann sich damit nicht einverstanden erklären, weil das Ergebnis der Stadt Burgdorf dadurch um 1.4 Mio. Franken schlechter abschliesst.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man in Sachen aktive Bodenpolitik nun endlich zum Abschluss kommt und man weiss wie es weitergeht. Der Sprecher der GPK hat den Werdegang des Geschäftes bereits erläutert. Die minimalste Möglichkeit wurde erarbeitet. Die Stadt Burgdorf verzichtet also auf eine aktive Bodenpolitik, weil kein Geld vorhanden ist. Die Stadt Burgdorf übernimmt das minimalste Musterreglement des Kantons. Ist es das einzige, was wir innert drei Jahren zustande bringen? Die SP-Fraktion ist enttäuscht, dass nach drei Jahren Arbeit nicht mehr Fleisch am Knochen ist. Betreffend der aktuellen Vorlage wird die SP-Fraktion den Antrag 1 des GR klar ablehnen. Es ist nicht nur die Frage der aktuellen Finanzlage der Stadt Burgdorf wie aktive Bodenpolitik

betrieben werden soll, sondern auch die Frage der Haltung. Zurzeit ist keine aktuelle Diskussionsgrundlage vorhanden wie eine solche Spezialfinanzierung aussehen kann. Aktive Bodenpolitik ist eine stetige Aufgabe der Behörden und dies wird auch weiterhin gefordert. Die SP-Fraktion ist froh, dass der GR den Änderungsantrag zum Punkt 2 übernimmt. Es ist ein Schutz der Unterzeichnenden, die zum Auftrag ja gesagt haben. Der Auftrag kann abgeschrieben werden, weil mit Altstadt plus nochmals ein Instrument gestartet wurde, das versucht die Attraktivität der Altstadt weiterhin zu beleben. Die SP-Fraktion hält an ihrem Änderungsantrag zum Punkt 3 fest. Die Aufteilung zu je einer Hälfte ist im Hinblick auf die Zukunft entstanden. Die Quote für den Unterhalt soll in Zukunft eingehalten werden können. Das Geld soll jetzt auf die Seite gelegt werden, damit zu einem späteren Zeitpunkt Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden können. Die SP-Fraktion ist sich bewusst, dass es damit grosse Auswirkungen hat und der GR seine Arbeit erledigen muss. Es werden entsprechende Lösungen erwartet. Für die Zukunft hofft man, dass Arbeiten in dieser Form zügiger zu einem Abschluss kommen. Es war relativ mühsam sich durch ein Mäppli von 2007 bis jetzt durchzuarbeiten. Bei der Stadtratsvorlage handelt es sich um eine Mischung zwischen alten und neuen Daten. Der klare Durchblick hat gefehlt.

Antrag SP

2. Der am 9. März 2009 überwiesene Auftrag SP betreffend „aktive Liegenschaftspolitik in der Altstadt“ wird **als finanziell nicht** erfüllbar abgeschrieben.
3. Die in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 realisierten Buchgewinne über 2,8 Mio. Franken werden der Laufenden Rechnung 2010 (Eigenkapital) **sowie dem Unterhaltsfonds Liegenschaften Finanzvermögen je hälftig** zugewiesen. Um diesen Mehrertrag verbessert sich das Ergebnis für das Jahr 2010.

Stadtrat Jakob Beat, namens der EVP-Fraktion, informiert, dass wer A sagt auch B sagen muss. Die noch nicht realisierten Buchgewinne von 2.8 Mio. Franken müssen auf Grund der sehr miesen Finanzlage der Stadt Burgdorf zwingend in der Laufenden Rechnung eingebunden werden. Eine Spezialfinanzierung würde unsere bisherigen respektive auch laufenden Sparübungen torpedieren. Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR.

Stadtrat Sägesser Heinz, namens der GFL-Fraktion, ist der gleichen Meinung wie die SP-Fraktion. Auch wenn es angesichts der Stadtfinanzen schwierig ist, muss aktive Bodenpolitik nicht immer nur Kosten verursachen. Man kann auch später einmal etwas einnehmen dabei. Man muss nachhaltig denken. Es wäre schade, wenn das Anliegen abgelehnt würde.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, möchte wissen, was mit dem damaligen vom SR beschlossenen Rahmenkredit von 2.5 Mio. Franken passiert. Was wird mit dem Rahmenkredit gemacht? Wird dieser Rahmenkredit wieder gelöscht oder bleibt dieser bestehen? Es kann sein, dass später ein entsprechendes Liegenschaftsgeschäft ansteht. Der GR muss klar definieren, was man will.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass der Rahmenkredit bestehen bleibt.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, ist mit der Antwort des GR zufrieden. Es ist jedoch nicht ganz klar wie es nun weitergeht.

Gemeinderat Urech Peter teilt mit, dass einmal ein entsprechendes Geschäft anstehen kann und man dann darüber befinden muss.

A b s t i m m u n g

Antrag SP

2. Der am 9. März 2009 überwiesene Auftrag SP betreffend „aktive Liegenschaftspolitik in der Altstadt“ wird **als finanziell nicht** erfüllbar abgeschrieben.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag mit 37 Ja und 2 Nein Stimmen zu.

-
3. Die in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 realisierten Buchgewinne über 2,8 Mio. Franken werden der Laufenden Rechnung 2010 (Eigenkapital) **sowie dem Unterhaltsfonds Liegenschaften Finanzvermögen je hälftig** zugewiesen. Um diesen Mehrertrag verbessert sich das Ergebnis für das Jahr 2010.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag mit 23 Ja und 14 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, beantragt, dass über den Punkt 1 separat abgestimmt wird.

Beschlussanträge

1. Die Stadt Burgdorf verzichtet aus finanziellen Gründen auf eine Spezialfinanzierung für eine aktive Bodenpolitik.

Der Stadtrat überweist mit 20 Ja und 18 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung den Antrag 1.

2. Der am 9. März 2009 überwiesene Auftrag SP betreffend „aktive Liegenschaftspolitik in der Altstadt“ wird als finanziell nicht erfüllbar abgeschrieben.
3. Die in den Geschäftsjahren 2009 und 2010 realisierten Buchgewinne über 2,8 Mio. Franken werden der Laufenden Rechnung 2010 (Eigenkapital) sowie dem Unterhaltsfonds Liegenschaften Finanzvermögen je hälftig zugewiesen. Um diesen Mehrertrag verbessert sich das Ergebnis für das Jahr 2010.
4. Das Reglement über die Spezialfinanzierung Unterhaltsfonds Liegenschaften Finanzvermögen wird genehmigt.
5. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat überweist einstimmig die Anträge 2 bis 5.

7. Orientierung GPK; Verwaltungskontrolle

Stadtrat Keller Hansjörg, namens der GPK, informiert, dass traditionell am Ende des Jahres von Seite der GPK die Orientierung des SR über die jährliche Verwaltungskontrolle erfolgt. Aufgrund der verschiedenen Reglemente sind der GPK diverse Aufgaben übertragen, die sie zu erfüllen hat. Von diesen verschiedenen Aufgaben sind an dieser Stelle zwei zu erwähnen. Erstens die Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Verwaltung im Auftrag des SR gemäss Artikel 18 des Kommissionsreglements. Zweitens die Oberaufsicht über den Datenschutz der Stadt Burgdorf, die gemäss Kommissionsreglement an die GPK übertragen ist. Die Oberaufsicht über die Verwaltung übt die GPK durch periodische Kontrollen aus. Üblicherweise wird pro Jahr eine Direktion der Stadtverwaltung ausgewählt und in Form eines halb- oder ganztägigen Audits untersucht. Damit ist die Verwaltungskontrolle immer eine Momentaufnahme. Sie kann nicht den Anspruch erheben, sämtliche Aspekte einer Verwaltungsdirektion umfassend zu überprüfen. Die GPK verfasst über diese Verwaltungskontrolle einen ausführlichen Bericht zu Händen des GR zur sogenannten gutscheinenden Verwendung. Der SR wird über die Ergebnisse der Verwaltungskontrolle orientiert. Die diesjährige Verwaltungskontrolle fand am 19. August 2010 statt. Die GPK besuchte dieses Jahr die Bildungsdirektion. Die GPK wurde offen und zuvorkommend empfangen. Zum Einstieg wurde der GPK die Bildungsdirektion in einer Kurzpräsentation vom Direktionsleiter Herr Kummer Hans-Rudolf vorgestellt. Anschliessend erfolgten acht Interviews auf Basis eines vorbereiteten Fragebogens. Die GPK möchte sich an dieser Stelle bei allen Interviewpartnern für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Offene Fragen wurden im Nachgang noch abgeklärt und bearbeitet. Die Erkenntnisse wurden wie gewohnt in einem Bericht zusammengestellt. Der weitere Ablauf war dieses Jahr eine Premiere. Der Bericht wurde daraufhin neu erstmals an den zuständigen Gemeinderat Probst Andrea und dem Direktionsleiter Kummer Hans-Rudolf zur Einsicht gegeben. Am 18. November 2010 erfolgte zusammen mit diesen beiden Herren und einer Delegation der GPK die Vorbesprechung des Berichtes. Dabei wurde der Bericht zusammen durchgeschaut, Fragen von Seiten der Bildungsdirektion beantwortet und gewisse Punkte konnten von der Bildungsdirektion kommentiert werden, am Bericht selber wurde inhaltlich aber nichts

verändert. Diese Vorbesprechung, die zwei Stunden dauerte, wurde protokolliert. Das von allen Teilnehmenden für korrekt befundene Protokoll wurde dann zusammen mit dem eigentlichen Bericht dem GR übergeben. Im Rahmen der gemeinsamen Sitzung der GPK mit dem GR vom 29. November 2010 wurde der Bericht zusammen besprochen. Diese Neuerung wurde aus der Optik aller Beteiligten als äusserst positiv empfunden. Was sind nun die Erkenntnisse aus dieser Verwaltungskontrolle? Die Bildungsdirektion war letztmals im Jahr 2004, also vor sechs Jahren, Gegenstand der Verwaltungskontrolle. Sie hat in dieser Zeit zusätzliche Aufgaben bekommen, erscheint aber trotzdem besser organisiert als vor sechs Jahren. Die Bildungsdirektion ist von ihren Aufgaben her sehr Heterogen mit den Bereichen Bildung, Freizeit, Sport und Kultur. Man kann sie volkstümlich als Gemischtwarenladen bezeichnen. Dieser Begriff ist hier in keiner Art und Weise als negativ aufzufassen. Die Heterogenität der Aufgaben erschwert aber innerhalb der Bildungsdirektion die Bildung von klaren Führungsstrukturen ebenso wie deren Organisation. Deshalb sieht die GPK Handlungsbedarf. Im Rahmen der Gemeinderatsreform muss die Organisation der Bildungsdirektion grundsätzlich überprüft werden. Gerade wegen des breiten Aufgabenbereiches muss in der Bildungsdirektion für jede Funktion und Zuständigkeit die Stellvertretung klar geregelt werden. Es muss ein Geschäftskontrollsystem eingeführt und betrieben werden, welches für jede Aufgabe der Bildungsdirektion jederzeit ermöglicht, alle hängigen Geschäfte und deren Bearbeitungsstand zu erkennen. Die Raumsituation der Bildungsdirektion muss verbessert werden. Hier sieht die GPK natürlich auch die finanzielle Lage der Stadt, die hier nur einen beschränkten Spielraum offen lässt. Die Arbeitsorganisation des Schulsekretariats sollte überprüft werden. Die Aufgaben der Schulzahnpflege sollten von der Bildungsdirektion vollständig in die Sozialdirektion überführt werden. Es sollte die Schaffung eines städtischen Sportamtes geprüft werden. Auch hier gibt die finanzielle Lage der Stadt nur einen beschränkten Spielraum, aber mindestens bedarf der Schulsport einer integralen Überprüfung. Durch die zunehmenden Aufgaben der Jugendbeauftragten ist die Überprüfung ihres Pflichtenheftes notwendig. Im Rahmen der Gemeinderatsreform muss eine Verschiebung der Stelle der Kulturbeauftragten von der Bildungsdirektion in die Präsidialdirektion geprüft werden. Jetzt noch ein Wort zum Datenschutz. Gemäss Artikel 14 Absatz 2 des neuen Datenschutzreglements wird der SR jährlich über den Geschäftsgang informiert. Das neue, von der GPK revidierte Datenschutzreglement, das vom SR im September genehmigt wurde, tritt zwar erst nächstes Jahr in Kraft. Trotzdem kann der SR in Kenntnis gesetzt werden, dass es 2010 keine nennenswerten Vorkommnisse gegeben hat. Die Überprüfung des Datenschutzes in der Bildungsdirektion im Rahmen der Verwaltungskontrolle ergibt derzeit keinen Handlungsbedarf. Das ist von Stadtrat Keller Hansjörg sein letztes Votum als GPK-Präsident. Es ist ja wahrscheinlich allen bekannt, dass Stadtrat Keller Hansjörg auf Ende des Jahres als GPK-Präsident und aus der GPK zurücktritt. Wenn nun jetzt jemand einen mehrstündigen Rechenschaftsbericht à la Fidel Castro befürchtet, der darf aufatmen. Als GPK-Sprecher hätte man ja grundsätzlich unbeschränkte Redezeit, aber er will sich ja nicht selber bestrafen. Trotzdem möchte Stadtrat Keller Hansjörg noch drei Punkte erwähnen, die ihn während seiner GPK-Zeit gefreut haben und allgemein weniger bekannt sind. Im November 2007 war Stadtrat Keller Hansjörg von der GPK in Langenthal für einen Erfahrungsaustausch eingeladen worden. Die dortige GPK interessierte sich sehr für die Arbeitsweise der GPK von Burgdorf. Es war ein spannender Abend. Für den November 2010 erhielt Stadtrat Keller Hansjörg eine Einladung vom Kompetenzzentrum für public management der Uni Bern für ein Referat im Rahmen Weiterbildung Gemeinden: Neue Herausforderungen an Mitglieder von Aufsichtskommissionen. Der vorgegebene Referatstitel lautete: Meine 5 wichtigsten Erfahrungen als GPK-Präsident. Es war ein spannender Nachmittag. Der dritte Punkt freut Stadtrat Keller Hansjörg eigentlich am meisten, nämlich die Schaffung des GPK-Handbuches. Die GPK hat dieses Jahr neben ihrer normalen Arbeit dieses Handbuch erstellt. Es dient als Arbeitsinstrument für die GPK. Es ist ein Instrument des Wissenstransfers für zukünftige GPK-Mitglieder und es gibt Transparenz nach aussen. So kann sich jedermann über die Arbeit, Aufgaben und Pflichten der GPK informieren. Es sollte ab anfangs Januar 2011 auf der Homepage der Stadt Burgdorf unter GPK aufgeschaltet sein. Stadtrat Keller Hansjörg bedankt sich bei allen mit denen er im Rahmen der GPK-Arbeit zu tun hatte. Stadtrat Keller Hansjörg gibt seine fünf wichtigsten Erfahrungen als GPK-Präsident bekannt. Erstens, kenne deine Aufgaben, Pflichten und Kompetenzen. Zweitens, die Qualität einer GPK ist direkt abhängig von ihren Mitgliedern. Drittens, erwarte nicht geliebt zu werden. Viertens, pflege den Dialog, denn Probleme entstehen immer dort, wo nicht miteinander gesprochen wird. Fünftens, lerne zu delegieren und verteile die Arbeit, handle mit gesundem Menschenverstand.

Der Stadtrat nimmt die Orientierung zur Kenntnis.

8. Auftrag Urs Pfister (CVP) betreffend Sparmassnahmen

Stadtrat Pfister Urs teilt mit, dass er nicht mit allen Antworten des GR einverstanden ist. Stadtrat Pfister Urs ist bereit, den Auftrag an den GR zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat von Arb Peter, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass die Stadtfinanzen nicht gut dastehen. Wie bereits heute Abend mehrfach erwähnt, sind weitere Sparmassnahmen unabdingbar und notwendig in den nächsten Jahren. In der Antwort des GR ist bereits angekündigt worden, dass anlässlich des Budget 2012 eine weitere Sparrunde eingeläutet wird. Die SP-Fraktion ist aber dagegen einen voreiligen Optimismus zu betreiben. Es wäre auch zu einfach, nur beim Personal Sparmassnahmen zu tätigen wie das in der Wirtschaft leider oft praktiziert wird. Als Beispiel sei die Ankündigung der Schliessung der Roche in Burgdorf erwähnt. Dies zeigt wie absurd das Vorgehen der Rocheleitung betreffend der Sparmassnahmen ist und diese noch als pro aktive Massnahme zur Stärkung des Unternehmens angepriesen hat. Die SP-Fraktion unterstützt ein koordiniertes Vorgehen zusammen mit den Beteiligten, wo die Sparmassnahmen analysiert und bestimmt werden. Somit ist man überzeugt, dass nachhaltig gespart werden kann. Im Grundsatz wird der Auftrag jedoch abgelehnt. Die SP-Fraktion kann die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Auftrages unterstützen.

Der Stadtrat beschliesst mit 30 Ja Stimmen den Auftrag an den Gemeinderat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

9. Motion FDP-Fraktion betreffend Wiedereinführung des zweiten Wahlgangs bei Majorzwahlen

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, schlägt dem SR vor, bei Majorzwahlen an der Urne, also bei der Wahl des GR und Stadtpräsidiums, wieder einen zweiten Wahlgang einzuführen, wenn beim ersten Wahlgang nicht alle das absolute Mehr erreicht haben. Die Hauptgründe für die Wiedereinführung der Majorzwahlen stehen in der Begründung und werden nicht wiederholt. Der GR lehnt die Motion zum Erstaunen ab. Das Hauptargument des GR ist die vom SR kürzlich beschlossene Abschaffung der ausseramtlichen Wahlzettel. Die FDP-Fraktion hat diese Abschaffung im letzten Jahr ebenfalls unterstützt. Es ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Das eigentliche Problem wird jedoch nicht gelöst. Die Nachteile der Burgdorfer Majorzwahlen treten vor allem bei Einervakanzen auf, also beim Stadtpräsidium und der Ersatzwahl in den GR. Die vorgedruckten Wahlzettel spielen kaum eine Rolle. Es ist befremdlich, dass der GR in seiner Antwort auf das wirkliche Problem nicht eingeht. Bei Einervakanzen hat die Majorzwahlen mit einem Wahlgang negative Begleiterscheinungen. Entweder müssen sich die Parteien künstlich einigen und damit die Wähler von einer Mitbestimmung ausschliessen oder es wird riskiert, dass ein Kandidat gewählt wird, der von der Mehrheit der Wählerschaft nicht gewählt worden ist. Dies ist in Burgdorf nicht passiert. Die Kritik am Burgdorfer Wahlsystem wäre sicher noch heftiger ausgefallen, wenn es passiert wäre. Majorzwahlen sind nur in einem System gut, wenn es faktisch nur zwei Parteien gibt. In einem fast reinen zwei Parteien System lösen sich die zwei angesprochenen Probleme fast von alleine. Das System wird nur in politischen Kulturen angewendet, wo es nur zwei Parteien gibt. Das System wird vor allem in den USA und Grossbritannien angewendet. Im mehr Parteien System, wo keine Partei annähernd an die Mehrheit gelangt, ist das System wie bereits erwähnt mit negativen Folgen verbunden. Das Burgdorfer System wurde in keiner anderen Gemeinde kopiert. Gewählt wird in allen Kantonen der Schweizer entweder im Proporz oder aber im Majorz mit der Möglichkeit des zweiten Wahlgangs. Taktische unerwünschte Manöver wie zum Beispiel sogenannte Luftballonkandidaturen im ersten Wahlgang kann man bei der Detailausgestaltung ohne weiteres unterbinden. Die Teilnahme am zweiten Wahlgang kann auf Kandidaten beschränkt werden, die bereits am ersten Wahlgang teilgenommen haben. Der Motionstext ist in dieser Frage bewusst offen. Die FDP-Fraktion empfiehlt dem SR die Motion zu überweisen.

Gemeinderätin Rechner Beatrix informiert, dass alle Gründe, warum der GR die Motion ablehnt, schriftlich aufgeführt sind. Wenn die Motion angenommen wird, entsteht dadurch nicht nur ein Mehraufwand für die Stadt Burgdorf, sondern auch für die Parteien. Die Wahl wäre nicht mehr effizient und es wäre kaum mit einem anderen Resultat zu rechnen. Zudem wäre es eine Stressübung für alle. Ohne ausseramtliche Wahlzettel macht dies überhaupt keinen Sinn. Die ganzen Abläufe werden ver-

kompliziert. Nach dem heutigen Prinzip ist der Wahlgang transparent für alle. Am Wahlwochenende wird gewählt und am Abend liegen die Ergebnisse vor.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, kann sich daran erinnern wie das Burgdorfer System entstanden ist. Stadträtin Mumenthaler Regina hat damals in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet. Bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung hat man vorgeschlagen, in Burgdorf ein Proporzsystem einzuführen. Das Proporzsystem ist im SR nicht mehrheitlich angenommen worden. Die GFL-Fraktion hätte trotz der schwierigeren Ausgangslage zugestimmt. Dies hat die GFL-Fraktion sowie die EVP- und FDP-Fraktion dazu bewogen, gemeinsam das Burgdorfer Modell vorzulegen. Es ist erstaunlich, dass die FDP-Fraktion nach acht Jahren des Inkrafttretens wieder eine Änderung will. Die Wahlen haben gezeigt, dass eigentlich nichts ändert. Das Wahlergebnis des GR zeigt, dass es mehr oder weniger eine Proporzwahl ist. Die grosse Partei hat zwei Sitze und die kleinen je einen Sitz sowie die FDP-Fraktion einen Sitz mehr. Dies wäre auch beim Proporz der Fall. Am Wahlergebnis würde es nichts ändern. Zudem sind auch keine vorgedruckten Wahlzettel mehr möglich. Der Wählerwille wird damit klar. Wenn die Wählerinnen und Wähler den Kandidaten selber aufschreiben müssen, kann man davon ausgehen, dass sie auch ihren Kandidaten wählen. Die Kosten von rund Fr. 20'000.-- spielen auch eine Rolle. Dieser Betrag kann gespart werden. Die GFL-Fraktion will den eingeschlagenen Weg weiterführen, da er sich bewährt hat.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, orientiert, dass er damals auch in der Arbeitsgruppe mitgearbeitet hat. Es ist interessant, dass dieses Wahlsystem als eigenartiges Burgdorfer System dargestellt wird. Dieser Vorschlag wurde doch von seitens der FDP-Fraktion eingebracht. Die SVP-Fraktion sind Anhänger der sogenannten ohne Not Praxis. Ohne Not sollten keine Reglemente geändert werden. Jedes Wahlsystem hat seine Vor- und Nachteile. Die in der Motion erwähnten Vorteile liegen zu wenig klar auf dem Tisch. Im weiteren kann auf die Ausführungen des GR verwiesen werden. Die Nachteile sind ebenfalls erwähnt worden. Der Wahlkampf wird verlängert und es entstehen zusätzliche Kosten für die Stadt Burgdorf und die Parteien. Eine Änderung des Reglements hätte zudem eine Volksabstimmung zur Folge. Die Vorteile überwiegen für die SVP-Fraktion nicht unbedingt. Eine Änderung des Reglements drängt sich nicht zwingend auf. Die SVP-Fraktion empfiehlt deshalb die Ablehnung der Motion.

Stadtrat Messerli Niklaus, namens der SP-Fraktion, informiert, dass die Motion abgelehnt wird. Mit der Abschaffung der vorgedruckten Wahlzettel erfährt der Wähler bereits im ersten Wahlgang alle seine Wahlfreiheiten. Es wird bereits im ersten Wahlgang gewährleistet, dass statt Päckli nur Köpfe gewählt werden. Es ist nicht im Sinn der SP-Fraktion am bisherigen Wahlprozedere etwas zu ändern.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Problematik der Einervakanz nicht angesprochen worden ist. Es geht nicht nur um die Wahl des Stadtpräsidiums, sondern auch um die Ersatzwahl von Gemeinderatsmitgliedern. Beim Geld muss aufgepasst werden. Statistisch gesehen, hat man zwei Majorzwahlen pro Legislatur. Das ergibt Kosten von rund Fr. 10'000.-- pro Jahr. Volksrechte wegen den Kosten aufzugeben, ist eine Beleidigung der politischen Intelligenz.

Der Stadtrat lehnt die Motion mit 13 Ja und 24 Nein Stimmen ab.

10. Dringliche Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend „Laufen die Burgdorfer Finanzen aus dem Ruder?“

Gemeinderat Urech Peter informiert, dass man die von den Interpellanten geforderte Weichenstellung für das Budget 2012 der GR umgehend vorgenommen hat. Es musste jedoch zuerst das Budget 2011 vom SR genehmigt werden. An der Novembersitzung hat der SR das Budget 2011 genehmigt. Der GR hat seither eine aufwendige Sanierungsstrategie aufgegleist. Die erste Klausur dazu findet am 29. November 2010 statt. Im ersten Quartal 2011 finden weitere Klausuren statt. Im Juni wird die Sanierungsstrategie im SR traktandiert. Diese Sanierungsstrategie lässt sich vorrangig von der an der Novembersitzung eingereichte Parlamentserklärung leiten. Diese Parlamentserklärung verpflichtet den GR im Sinn einer Richtlinie, das zu erwartende Loch von über 6 Mio. Franken im Budget 2012 möglichst ausschliesslich mit Sparmassnahmen und ohne Steuererhöhungen zu stopfen. In diesem Zusammenhang wird von einem Personalabbau in der Grössenordnung von mindestens 40 Stellen gesprochen, das ist ein Fünftel der ganzen Stadtverwaltung. Das damit die von den Interpellanten

geforderten Fragen nicht innert Monatsfrist abschliessend beantwortet werden können, sollte einleuchtend sein. Abgesehen davon hätte man sich ansonsten die intensive Sanierungsstrategie ersparen können. Es wird dafür um Verständnis gebeten. Der GR hofft auf eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem SR und GR. Für die jetzige Situation ist das politische Burgdorf insgesamt und nicht nur der GR verantwortlich.

Stadtrat Muster Adrian, namens der FDP-JF-Fraktion, ist enttäuscht von der Antwort des GR. Es wurden sechs klare Fragen gestellt. Der Verdacht hat sich bestätigt, dass der GR im Grundsatz immer noch nicht weiss, wie die Sanierung anzupacken ist. Ein gewisser Ansatz wurde in der Antwort des GR erwartet. Wahrscheinlich werden die gleichen Fragen im Februar oder März erneut eingereicht um zu schauen, was zu diesem Zeitpunkt für Antworten erfolgen.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme nicht befriedigt.

11. Interpellation SVP-Fraktion betreffend schlechtes Arbeitsklima in der Sozialdirektion der Stadt Burgdorf

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette informiert, dass die Sozialdirektion der Stadt Burgdorf ein schwieriges Jahr hinter sich hat. Einerseits ist dies zurückzuführen auf das externe Umfeld, welches sich in den letzten Jahren verändert hat sowie auf die veränderten, höheren Anforderungen im Sozialdienst. Andererseits war intern eine Reorganisation im Gang sowie Abgänge von langjährigen Mitarbeitenden zu verzeichnen. Der GR war über die schwierige Zeit in der Sozialdirektion informiert. Es ist nichts hinten herum gegangen. Die Personalabgänge wurden in der Direktionsleitung immer wieder thematisiert. Die Personalabgänge sind zu bedauern, insbesondere von langjährigen Mitarbeitenden mit hoher Fachkompetenz. Kündigungen sind aber immer wieder möglich. Wer einen Karriereschritt ausserhalb der Stadt Burgdorf machen kann, dem ist es zu gönnen. Die Situation in der Sozialdirektion hat sich in der Zwischenzeit beruhigt. Die Reorganisation wurde abgeschlossen und umgesetzt. Die vakanten Stellen wurden besetzt. Zudem haben sich die Stimmung und die interne Kommunikation verbessert. Es gibt neu institutionalisierte Informationsgefässe wie zum Beispiel monatliche Personalinformationen. Der Teambildungsprozess wird sehr wichtig genommen. Ein besonderes Augenmerk wurde in beiden Bereichen gemacht. Im weiteren konnten die engen Platzverhältnisse verbessert werden. Die GPK hat diesen Zustand im letzten Jahr beim Besuch festgestellt. Ende November konnten die neuen Räume beim Eingang nebenan bezogen werden. Die besseren Arbeitsbedingungen tragen zu einem verbesserten Arbeitsklima bei. Die Fragen der Interpellation haben ein Thema aufgegriffen, welches zum Glück Schnee von gestern ist.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

12. Überparteiliche Interpellation GFL / EVP / SP betreffend die Vergabepaxis bei öffentlichen Aufträgen

Seitens des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

13. Wahl des Stadtratsbüros für das Jahr 2011

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin informiert über das Wahlprozedere gemäss Artikel 20 des Organisationsreglements. Bei Wahlen entscheidet im ersten Wahlgang das absolute Mehr der Stimmentenden, im zweiten das relative Mehr und bei Stimmgleichheit das Los. Der Vorsitzende wählt mit. Es wird offen gewählt. Wenn ein Ratsmitglied es verlangt, wird geheim gewählt. Stimmenthaltung und ungültige Stimmen fallen bei der Ermittlung des Resultates ausser Betracht. Im Zweifelsfall entscheidet das Ratsbüro endgültig.

➤ **der Präsidentin / des Präsidenten**

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, schlägt Keller Hansjörg als Stadtratspräsident vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Keller Hansjörg als Stadtratspräsident gewählt.

➤ **der 1. Vizepräsidentin / des 1. Vizepräsidenten**

Stadträtin Buser Madeleine, namens der SP-Fraktion, schlägt Berger Stefan als 1. Vizepräsident vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Berger Stefan als 1. Vizepräsident gewählt.

➤ **der 2. Vizepräsidentin / des 2. Vizepräsidenten**

Stadtrat Weber Werner, namens der BDP-Fraktion, schlägt Ingold Rolf als 2. Vizepräsident vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Ingold Rolf als 2. Vizepräsident gewählt.

➤ **von 2 Stimmenzähler**

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, schlägt Rosser Bruno als Stimmenzähler vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Rosser Bruno als Stimmenzähler gewählt.

Stadträtin Mumenthaler Regina, namens der GFL-Fraktion, schlägt Sägesser Heinz als Stimmenzähler vor.

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird Herr Sägesser Heinz als Stimmenzähler gewählt.

14. Ersatzwahlen

a) Volksschulkommission

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin teilt mit, dass die FDP Herrn Hofer Kläy Christian als Nachfolger vorschlägt.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat wählt Herr Christian Hofer Kläy, lic.phil.hist. / Management Berater, Neumattstrasse 58, Burgdorf, FDP, als Mitglied der Volksschulkommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Hofer Kläy Christian als Mitglied der Volksschulkommission.

b) Bau- und Planungskommission

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin teilt mit, dass die SP Herrn Eberhard Werner als Nachfolger vorschlägt.

Beschlussanträge

1. Der Stadtrat wählt Herr Werner Eberhard, Blattnerweg 9, Burgdorf, SP, als Mitglied der Bau- und Planungskommission.
2. Mit dem weiteren Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Eberhard Werner als Mitglied der Bau- und Planungskommission.

c) Geschäftsprüfungskommission

Stadtratspräsident Aeschlimann Martin teilt mit, dass Frau Buser Madeleine und Herr Keller Hansjörg ihre Demission aus der GPK per Ende Jahr eingereicht haben. Der Vorsitzende dankt den langjährigen Mitgliedern der GPK für ihre wertvolle, solide und fundierte Arbeit. Der SR hat die Ersatzvorschläge schriftlich erhalten. Die FDP-Fraktion schlägt als Mitglied der GPK Herr Ritter Michael vor. Die SP-Fraktion schlägt als Mitglied Herr Biedermann Peter vor. Für das Präsidium schlägt die BDP-Fraktion Herr Rappa Francesco vor. Für das Vizepräsidium schlägt die SP-Fraktion Herr Berger Stefan vor.

Ersatzvorschlag FDP als Mitglied der GPK: Ritter Michael

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Ritter Michael als Mitglied der GPK.

Ersatzvorschlag SP als Mitglied der GPK: Biedermann Peter

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Biedermann Peter als Mitglied der GPK.

Präsidium: Wahlvorschlag BDP-Fraktion: Rappa Francesco

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Rappa Francesco als Präsident der GPK.

Vizepräsidium: Wahlvorschlag SP-Fraktion: Berger Stefan

Der Stadtrat wählt einstimmig Herr Berger Stefan als Vizepräsident der GPK.

15. Campus Burgdorf

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth orientiert über den Stand der Dinge zum Campus Burgdorf. Die Kandidatur der Stadt Burgdorf ist eingereicht. Weitere Kandidaturen sind die Städte Bern, Biel, Köniz und Ostermundigen. Im Moment klärt das BVE die verschiedenen Standorte ab und schaut, welcher Standort am besten ist. Zudem werden die finanziellen Gegebenheiten der einzelnen Standorte überprüft. Der Kanton Bern muss seine finanzielle Lage ebenfalls in den Entscheid mit einbeziehen. Das Projekt der Stadt Burgdorf ist wie alle anderen auch in der Überprüfung. Die Stadt Burgdorf hat einen Hinweis darauf, dass Ende Januar 2011 ein erster Vorentscheid in der Regierung gefällt wird. Was im Grossrat entschieden wird, ist ein anderer Fall. Die Stadt Burgdorf hat ihre Unterlagen aufbereitet und man möchte zum Start im neuen Jahr die Kampagne starten. Mit der Kampagne soll gezeigt werden, dass Burgdorf parat ist. Hinter dem Projekt der Stadt Burgdorf steht ein Unterstützungskomitee mit etlichen Personen aus dem Oberaargau und Emmental sowie aus der Wirtschaft und Politik. In der geplanten Broschüre soll ebenfalls der SR von Burgdorf aufgeführt werden können. Der SR wurde in der letzten Zeit immer über das Projekt Campus Burgdorf informiert, aber ein offizielles Ja des SR fehlt bisher. Aus diesem Grund wird der SR heute angefragt, im Sinne einer Konsultativabstimmung, ob er hinter dem Campus Burgdorf steht.

Der Stadtrat unterstützt einstimmig das Projekt Campus Burgdorf.

16. Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Es werden folgende Parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend neue Parkgebühren und Bedienungszeit ab dem 1.1.2011 auf dem Hallenbadparkplatz Burgdorf
- Dringliche Motion Nadja Pieren, SVP-Fraktion, betreffend Anpassung der Klassengrössen (Das Büro des Stadtrates stimmt der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Motion Fraktion Grünen Freien Liste betreffend Burgdorfer Märkte ohne politische Werbung (Das Büro des Stadtrates lehnt die Dringlichkeit ab.)
- Dringliche Motion SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Neuerstellung von Parkplätzen zwischen den Liegenschaften Markthalle und Hallenbad (Das Büro des Stadtrates lehnt die Dringlichkeit ab.)
- Motion Urs Pfister (CVP) betreffend Erweiterung und Umgestaltung Parkraum Sägegasse – Bereich Hallenbad/Freibad inkl. neue Gebührenregelung, allenfalls anwendbar bei andern Sportanlagen, Beibehaltung der bisherigen Gebührenregelung auf dem übrigen Stadtgebiet
- Interpellation FDP-JF-Fraktion betreffend Zukunft der Liegenschaft Kornhaus
- Interpellation Michael Ritter (FDP) betreffend Einflussmöglichkeiten des Stadtrates auf Produktgruppen nach NPM

Stadtrat Ingold Rolf, namens der BDP-Fraktion, dankt Stadtrat Gübeli Thomas für seine Unterstützung und Arbeit im SR. Die BDP-Fraktion bedauert seine Demission und wünscht ihm gute Gesundheit. Stadtrat Ingold Rolf orientiert über die Sportlerehrung 2010 vom 14. Januar 2011 in der Markthalle. Der Flyer wurde dem SR verteilt. Es ist ein attraktives Programm geplant und als Ehrengast konnte Thierry Carrel, Professor und Direktor der Klinik für Herz- und Gefässchirurgie des Inselspitals und der Uni Bern, verpflichtet werden. An der Sportlerehrung wird zudem eine Ehrung der Burgergemeinde durchgeführt. Stadtrat Ingold Rolf dankt für seine Wahl zum 2. Vizepräsidenten.

Stadträtin Kalbermatten Susanne, namens der GFL-Fraktion, dankt Stadträtin Mumenthaler Regina für ihre Arbeit und Engagement zugunsten des SR. Sie war immer witzig, klar, pointiert und sprachlich immer korrekt. Die GFL-Fraktion lässt sie nicht nur mit einem lachenden Auge, sondern auch mit einem weinenden Auge gehen. Stadträtin Mumenthaler Regina wird sich weiterhin für die GFL einsetzen. Sie war Gründungsmitglied der GFL Burgdorf. Am 17. August 1998 hat sie die GFL-Fraktion zum ersten Mal im SR vertreten. 12 Jahre und 13 Budgetdebatten hat sie mitgeprägt und zeigte Kraft und Durchhaltewille. Sie hat Spuren hinterlassen und wird fehlen. Die GFL-Fraktion gönnt ihr den politischen stadträtlichen Ruhestand.

Stadtrat Ritter Michael, namens der FDP-Fraktion, dankt Stadtrat Keller Hansjörg für seine Arbeit und Engagement während sechs Jahren als Präsident der GPK und als Mitglied sogar acht Jahre. Es ist schwierig seine fachliche Arbeit zu würdigen, deshalb wird seine politische Ausstrahlung besonders erwähnt. Als GPK-Präsident hat er sehr stark gewirkt und ist von seinen Grundsätzen nicht abgewichen. In turbulenten Zeiten hat er immer den Kopf über Wasser gehalten. Jetzt ist er zum Stadtratspräsidenten befördert worden. Die FDP-Fraktion gratuliert ihm zu dieser Wahl.

Stadtrat Keller Hansjörg dankt für das Votum. Befördert worden ist nicht ganz richtig, er hat nur die Seite gewechselt und muss nächstes Jahr lernen auf den Mund zu sitzen.

Stadtrat Leibundgut Remo, namens der SVP-Fraktion, dankt Herr Friedli Daniel für die geleistete Arbeit und Engagement. Stadtrat Friedli Daniel wird intern noch offiziell verabschiedet.

Stadtrat Berger Stefan, namens der SP-Fraktion, dankt Frau Buser Madeleine für ihre Arbeit. Sie ist eine stille Arbeiterin im Hintergrund. Sie hat auch in der GPK viel beigetragen. Sie wird jedoch nicht aus der politischen Verantwortung entlassen sondern weiterhin in der Partei mitarbeiten. Die SP-Fraktion dankt für das Engagement. Sie wurde bereits intern offiziell verabschiedet.

Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth dankt allen zurücktretenden Stadratsmitgliedern für ihre gute und engagierte Arbeit. Es ist wichtig, dass die Stadt Burgdorf gute und engagierte Leute hat die sich einsetzen. Es spielt keine Rolle, dass man nicht immer auf der gleichen Seite ist. Hauptsache ist, dass man gemeinsam die Stadt Burgdorf vorwärts trägt. Ein besonderer Dank gilt Stadtrat Keller Hansjörg.

Seine Arbeit als Präsident der GPK war nicht ganz einfach. Die entstandenen Gräben zwischen GR und GPK konnten geschlossen werden. Die Zusammenarbeit ist gut und man informiert einander gegenseitig. Durch seine loyale Art konnte eine gute Basis und Zusammenarbeit gefunden werden. Der Dank gilt natürlich auch den Mitgliedern der GPK. Die Zusammenarbeit wurde mit einem gemeinsamen Workshop gestartet. Gemeinsam war man kritisch und konstruktiv unterwegs. Stadtpräsidentin Zäch Elisabeth gratuliert Stadtrat Keller Hansjörg zu seiner Beförderung zum Stadtratspräsident. Der GR wünscht allen frohe Weihnachten und einen guten Start im neuen Jahr.

Schlussworte Stadtratspräsident Aeschlimann Martin

Ich mache zum letzten Mal von meinem diesjährigen Privileg Gebrauch, das letzte Wort zu haben. Doch ich werde mich bemühen, diese Möglichkeit nicht zu strapazieren und mich auf einige Gedanken zu beschränken. Vorerst möchte ich einen grossen Dank aussprechen. Dem Ratsbüro für sein Unterstützung, Frau Henzi Brigitte für die jeweils professionelle Vorbereitung der Sitzungen und die nicht immer einfache Aufgabe, komplizierte Ratssitzungen und mathematisch kunstvolle Abstimmungsergebnisse in verständliche Protokolltexte zu übersetzen, Stadtschreiber Schenk Roman für die gründlichen Vorlagen und juristischen Kompetenzen und nicht zuletzt allen hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre wertvolle Hintergrundarbeit. Ich will ferner den beiden Räten für den respektvollen und verbal gepflegten Umgang miteinander danken. Ich denke, wir konnten alle feststellen, dass das Klima zwischen den Räten wieder vermehrt von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist. Wenn ich nun diese Bühne für meine Worte nochmals benutze, dann hat dies auch damit zu tun, dass mein diesjähriges Amt keine politischen Aussagen in diesem Raum zulies. Ich erinnere mich schon an Momente, in denen ich ein leichtes Kribbeln auf der Zunge verspürte und ich angestrengt darauf achten musste, nicht versehentlich in die Debatte einzugreifen. In diesen Augenblicken spürte ich die protokollarische formale Macht über den Inhalt. Trotz der erwähnten Einschränkung enthielt dieses Jahr ein bunter Strauss voller Erfahrungen, spannende Begegnungen, längere Vorbereitung als früher, Auseinandersetzungen mit reglementarischen Grundlagen und, ab und zu, auch öffentlichen Auftritte. Nun wechseln die Gesichter auf diesen Stühlen und ich wechsele wieder die Seite dieses Raumes. Die Veränderung ist die ständige Begleiterin unseres Lebens. Wir sehen dies in unseren täglichen Lebenserfahrungen, in den Jahreszeiten die kommen und gehen, aber auch in den gesellschaftlichen Prozessen, die uns umgeben. Der brasilianische Schriftsteller Paulo Coelho sagt: „Jede Gelegenheit, sich selbst zu verändern, ist eine Gelegenheit, die Welt zu verändern.“ Begreifen wir doch diese ständigen Bewegungen des Lebens als eine Chance, die Dinge um uns herum neu zu sehen. Ich möchte uns allen Mut machen, in diesen Tagen der Musse zwischen den Jahren, unsere gelben, roten, blauen, grünen und andersfarbigen Brillen beiseite zu legen. Vielleicht werden wir erstaunt feststellen, dass sich ohne die Filter unsere politischen Rezeptbücher, unsere Parteibuch-Schubladen, die zwar alles aufgeräumt erscheinen lassen, damit aber nie der sich schnell verändernden Wirklichkeit gerecht werden, uns neue Bilder eröffnen. Und vielleicht bieten diese neuen Perspektiven die Möglichkeit, unsere politischen und privaten Prioritäten neu zu ordnen. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine spannende Weihnachtszeit.

Stadtrat Keller Hansjörg verabschiedet Stadtratspräsident Aeschlimann Martin als Stadtratspräsident 2010. Der Vorsitzende war im Jahr 2010 nicht nur der grösste sondern auch der höchste Burgdorfer. Der SR hat ihn als guten, umsichtigen und geduldigen Stadtratspräsident erlebt. Er hat die Sitzungen immer gut vorbereitet und souverän und kompetent geleitet. Es war sicher ab und zu schwierig den Mund zu halten. Ab dem nächsten Jahr sitzt er wieder in den normalen Rängen und kann sich ungebremst, jedoch nicht zu lange, zu Wort melden. Der SR dankt dem Vorsitzenden für seinen Einsatz. Stadtrat Keller Hansjörg überreicht Stadtratspräsident Aeschlimann Martin das Geschenk im Namen des SR und wünscht ihm alles Gute für die berufliche und private Karriere.

Schluss der Sitzung: 19.25 Uhr


NAMENS DES STADTRATES

Der Stadtratspräsident

Für das Protokoll

Burgdorf, 18. Januar 2011 / hbr


Martin Aeschlimann


Brigitte Henzi